

Postulat Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz/Nadia Omar, GFL): Zusammenlegung des Stadtplanungsamts, der Verkehrsplanung und der Abteilung für Stadtentwicklung; Fristverlängerung

Wie dem Bund vom 24.11.2009 zu entnehmen ist, verlässt der langjährige bernische Stadtplaner Christian Wiesmann die Stadtverwaltung.

Auch wenn dieser Fortgang zu bedauern ist, ist die Gunst der Stunde zu nutzen und die Aufteilung in Stadtplanungsamt, Verkehrsplanung und die Abteilung Stadtentwicklung zu überdenken, und das Stadtplanungsamt durch Neupositionierung aufzuwerten.

Für eine koordinierte Weiterentwicklung der Stadt Bern ist eine enge und unkomplizierte Zusammenarbeit unter den Planungsbereichen unerlässlich. Wohnbau, Verkehrsplanung und Nutzungsfragen sollen gemeinsam angegangen werden. Konkret ist dies nur in einer einzigen Organisationseinheit sinnvoll und ohne Reibungsverluste möglich. Aus diesem Grund ist eine Zusammenlegung der beiden Ämter sowie der Abteilung Stadtentwicklung unter der gemeinsamen Führung in einer Organisationseinheit zu prüfen.

Die Budgetdebatten 2008 und 2009 haben gezeigt, dass die Arbeit des Stadtplanungsamts im Stadtrat zunehmend unter Kritik geraten ist. Aus Sicht der GFL/EVP Fraktion betrifft diese Kritik keineswegs die Notwendigkeit einer Stadtplanung an sich. Kritikpunkte sind insbesondere Abstimmungs- und Entscheidungsprobleme mit den anderen städtischen Planungsämtern, sowie dem Amt für Umwelt. Um bestehende Bearbeitungsengpässe zu decken, erwarten wir zudem, statt dem Ausbau des Stadtplanungsamtes, einen gezielten Einbezug von externen Fachleuten im Rahmen von definierten Projektierungskrediten.

Mit der laufenden Diskussion über die Zukunft der StaBe, ergibt sich zudem die Möglichkeit, die Frage nach der möglichen Rolle eines Stadtbaumeisters in einem umfassenden Kontext zu klären.

Die Fähigkeiten, die die Chefbeamtin/der Chefbeamte bei der Besetzung einer solchen Stelle mitbringen sollte, sollte den Anforderungen entsprechend interdisziplinär ausgerichtet sein und mit gleichem Gewicht wie den Fachkompetenzen, auch nachgewiesene Teambildungskompetenzen und Teamführungskompetenzen umfassen. Deshalb ist ein neues Stellenprofil notwendig.

Wir beauftragen den Gemeinderat folgende drei Punkte zu prüfen:

1. das Amt für Stadtplanung, das Amt für Verkehrsplanung sowie die Abteilung Stadtentwicklung zu einem Planungsamt zusammenzulegen.
2. Das neue Planungsamt ist einer gemeinsamen Leitung zu unterstellen.
3. Der neue Stadtplaner wird Leiter des neuen Planungsamtes; dieser verfügt über Fachwissen aus allen drei Planungsbereichen.
4. In Rahmen dieser Überprüfung ist ebenso die Zusammenarbeit mit dem möglichen künftigen Stadtbaumeister zu klären.

Bern, 26. November 2009

Postulat Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz-Beck/Nadia Omar, GFL), Tania Espinoza, Susanne Elsener, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Rania Bahnan Büechi, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Peter Künzler, Daniel Klauser

Bericht des Gemeinderats

Im Zusammenhang mit der Vorgehensstrategie betreffend die Rückführung von Stadtbauten in die Stadtverwaltung (Projekt ZIMBE) hat der Gemeinderat beschlossen, auf eine weitergehende als durch ZIMBE bedingte Reorganisation der Stadtverwaltung zu verzichten. Dieser Beschluss basiert auf dem Hintergrund, dass die heutige Aufbauorganisation zweckmässig ist und die einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung respektiert werden. Insofern wird von einer Verschiebung der Verkehrsplanung - deren organisatorische Nähe zum Tiefbau auch bedeutende Vorteile aufweist - von der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün in die Präsidialdirektion verzichtet.

Mit der geplanten Neubildung eines Hochbauamts, das in der Präsidialdirektion angesiedelt werden soll, wird in dieser Direktion die planerische und bauliche Kompetenz verstärkt. Sobald geklärt ist, welche Aufgaben und Ressourcen dem zukünftigen Hochbauamt zugewiesen werden, müssen die erweiterten Prozesse und deren Konsequenzen auf die Aufbauorganisation der Präsidialdirektion untersucht werden. Mit diesen Arbeiten kann voraussichtlich im Frühjahr 2012 begonnen werden. Sie sollen bis durch den vom Stadtrat zu beschliessenden Zeitpunkt der Rückführung der Stadtbauten abgeschlossen sein.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GFL/EVP (Daniela Lutz/Nadia Omar, GFL): Zusammenlegung des Stadtplanungsamts, der Verkehrsplanung und der Abteilung für Stadtentwicklung; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Berichterstattung bis zum 31. Dezember 2013 zu.

Bern, 21. Dezember 2011

Der Gemeinderat